

## Standpunkt: Die Zeit und FAZ thematisieren Notwendigkeit ökonomischer Bildung

Anlässlich der für 2016 geplanten Einführung des Faches „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ in allen weiterführenden Schulformen des Landes Baden-Württemberg durch die grün-rote Landesregierung greifen mehrere überregionale Zeitungen das Thema der Etablierung der ökonomischen Bildung auf. Dabei wird insbesondere der Zusammenhang zwischen der Einrichtung eines eigenständigen Faches, der Qualifizierung von Lehrkräften und der damit verknüpften Sicherstellung der Unterrichtsqualität untersucht, den das IÖB seit vielen Jahren thematisiert und in seiner Arbeit berücksichtigt.

In ihrem ausführlichen Artikel „Fünfte Stunde: Soll und Haben - Schüler wissen zu wenig über Wirtschaft“ in Die Zeit, Ausgabe 52/2014 vom 17.12.2014 (<http://www.zeit.de/2014/52/baden-wuerttemberg-schule-unterricht-wirtschaft>) konstatiert Jeannette Otto einen breiten Konsens bezüglich der Notwendigkeit einer verstärkten ökonomischen Bildung im allgemein bildenden Schulsystem und lobt den Mut der Landesregierung für die schulformübergreifende Einführung eines eigenständigen Faches. Zitat:

*„Ein Schritt, den andere Bundesländer immer noch scheuen. [...] Zwar steht sie in vielen Schulen im Verbund mit Technik, Recht, Arbeit, Gesellschaft, Gemeinschaftskunde, Gesundheit oder Hauswirtschaft auf den Stundenplänen. Wie viel Wirtschaft hinter diesen Etiketten aber wirklich steckt, weiß oft allein der Lehrer, der das Fach unterrichtet. In Nordrhein-Westfalen hat man gerade trotz großer Zustimmung durch Lehrer, Schüler und Eltern den Modellversuch »Wirtschaft an Realschulen« folgenlos beendet und damit die Chance auf ein eigenständiges Fach Wirtschaft wieder verspielt.“*

Das IÖB hat die Situation in NRW auch in dem Standpunkt [„Ein Schritt vor und zwei zurück?“](#) vom 14.03.2014 kommentiert.

Als besonderes Merkmal der baden-württembergischen Fachkonstruktion wird dabei zu Recht die curriculare Verankerung der Berufs- und Studienorientierung hervorgehoben, in deren Rahmen auch der Entrepreneurship-Education angemessener Raum gegeben werden soll. Darüber hinaus beschreibt der Artikel die vielfältigen Aufgaben, die mit der Implementierung eines solchen Faches in die Studentafeln einhergehen. Wobei die mit Abstand größte Bedeutung der Qualifizierung der Lehrkräfte zufällt, stellt sie doch die Grundlage des Erfolges aller schulischen Bemühungen dar.

Flankiert wird der Artikel durch ein Interview mit den Landesministern Dr. Nils Schmid (Wirtschaft) und Andreas Stoch (Kultus) (beide SPD), in dem diese die Entscheidung der

Landesregierung begründen, die Notwendigkeit der Einbindung systematischer Praxiskontakte hervorheben und auf Kritikpunkte eingehen (<http://www.zeit.de/2014/52/unterricht-baden-wuerttemberg-wirtschaft>). So stellt Minister Schmid hinsichtlich der Warnung vor einer Ökonomisierung von Schule und Bildung sowie unzulässiger Einflussnahme fest:

*„Die gleichen Eltern, die sich über dieses Fach aufregen, haben kein Problem damit, ihren Kindern in regelmäßigen Abständen das neueste Smartphone zu kaufen. Man sollte den Schülern dann aber zumindest erklären dürfen, woher das Geld kommt und dass es nicht vom Himmel fällt. Ich kann mit diesem Vorwurf der Ökonomisierung und diesem ideologischen Verdacht, der mitschwingt, nichts anfangen. Entscheidend ist, dass wir über eine gute Ausbildung der Fachlehrer und über die Pluralität der externen Vertreter die Schüler in die Lage versetzen, sich eine eigene Meinung zu bilden. [...] Man muss die Schüler aber auch nicht vor wild gewordenen neoliberalen Ideologen schützen. Die Leute, die aus der Wirtschaft kommen, sind bodenständige Bürger, die als Betriebsrat, Verbraucherschützer, Handwerksmeister oder Schuldnerberater arbeiten. Nun so zu tun, als müssten wir drei Sicherungen einbauen, damit die Schüler von denen nicht verführt werden, halte ich für wirklichkeitsfremd.“*

Minister Stoch verweist in diesem Zusammenhang auf das Vertrauen, das den qualifizierten Lehrkräften bei der Auswahl der Inhalte und Materialien entgegen gebracht wird und kündigt die Festschreibung von Verhaltensregeln für alle beteiligten Akteure an.

Die Relevanz der Qualifizierung von Lehrkräften betont auch Lisa Becker in ihrem Artikel „Keine Angst vor Unternehmen“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 02.01.2015 (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/zusammenarbeit-von-schulen-und-unternehmen-13350432.html>). Verfügt man über gut ausgebildete Lehrkräfte, so lassen sich sinnvoll die notwendigen Praxiskontakte im Wirtschaftsunterricht realisieren, ohne dass die Gefahr der Manipulation aufkommt. Zumal der pauschalen Vermutung, Vertreter der Wirtschaft würden per se Kontakte zu Schülern für werbliche oder ideologische Zwecke nutzen, eine Absage zu erteilen ist.

*„Unternehmen verfolgen eigene Interessen. Und wenn sie auf schlecht vorbereitete Schulleiter oder Lehrer treffen, dann kann die Schule auch ein Einfallstor für Werbung und Lobbyismus sein. Folgt daraus die Forderung, die Wirtschaft von den Schulen fernzuhalten? Natürlich nicht. Sind nämlich in den Schulen Pädagogen am Werk, die eine genaue Vorstellung davon haben, was sie ihren Schüler beibringen wollen, dann machen Kooperationen und Begegnungen mit der Wirtschaft die Schüler schlauer.“*

Bezogen auf die vielfach kritisierte Einbindung von Experten aus der Finanzbranche konkretisiert sie dies wie folgt:

*„Schulen nehmen solche Angebote gerne an, weil die Schüler ein großes Bedürfnis haben, mehr über Finanzthemen zu lernen; schließlich bekommen sie mit, welche große Rolle diese in der wirklichen Welt inzwischen spielen. Problematisch ist, wenn es auch ein großes Bedürfnis des betreuenden Lehrers ist, darüber mal etwas zu erfahren. Dann besteht die Gefahr, dass der Externe unentdeckt Lobbyarbeit betreiben kann, was nicht heißt, dass er es auch tun wird. Viel besser wäre es so: Der Lehrer kennt sich in diesen Themen aus, unterrichtet sie selbst und holt, wenn er es für sinnvoll hält, Fachleute aus der Finanzbranche in den Unterricht, die den Stoff noch mal veranschaulichen. Die gut informierten Schüler können dann auch zielgenaue und kritische Fragen stellen.“*

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Diese wahrlich nicht neuen, aber offensichtlich nicht oft genug zu wiederholenden Zusammenhänge und Erkenntnisse gilt es insbesondere in der derzeit durchaus aufgeheizten Diskussion um die Implementation der ökonomischen Bildung im Schulsystem zu berücksichtigen. Zumal darauf hinzuweisen ist, dass es in einigen Bundesländern wie Niedersachsen, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits seit vielen Jahren erfolgreich implementierte Fachkonstruktionen für verschiedene Schulformen mit entsprechenden Rahmenbedingungen gibt, die keineswegs zur einseitigen Manipulation der Schülerschaft führen ... im Gegenteil.

*Ko, 9. Januar 2015*